

Hallo zusammen,

zur Mitglieder-Versammlung am 01.08.21 möchte ich folgenden Antrag einbringen:

Warum dieser Antrag ?

Einige in unseren Reihen werden vermutlich mitbekommen haben, dass die Partei vorgestern ihre acht zentralen Wahlplakate vorgestellt hat, bei denen das Thema Hartz IV überhaupt nicht mehr vorkommt, was ich für einen Skandal ersten Ranges halte. Die Agenda 2010 und ihr "Kernstück", das Hartz IV-Regime, war schließlich in den Jahren 2004 und 2005 der zentrale Grund für die Gründung der WASG und im Jahre 2007 der LINKEN. Es war mehrere Jahre selbstverständlich, dass eine zentrale Losung in jedem Wahlkampf "Weg mit Hartz IV" lautete und es dazu auch entsprechende Flyer gab. Seit einiger Zeit haben Teile der Partei und insbesondere Teile der Parteiführung sich davon offensichtlich verabschiedet, was auf unseren deutlichen Widerspruch stoßen muss und sollte. Von den armutsfördernden Hartz IV-Regelsätzen leben aktuell ca. 7 Mio. Menschen, die für die LINKE offensichtlich keine Zielgruppe mehr darstellen, für die es sich zu kämpfen lohnt.

Deshalb folgender Antrag:

Die MV der LAG Weg mit Hartz IV NRW möge auf ihrer Sitzung am 01.08.21 beschließen:

Die Mitgliederversammlung der LAG Weg mit Hartz IV fordert die Parteiführung auf, in Ergänzung der vorhandenen 8 zentralen Wahlplakate ein Plakat kurzfristig in Druck zu geben, das als zentrale Losung enthält "Hartz IV muss weg!" und auf dem ca. 5 unserer zentralen Forderungen enthalten sind. Die Landes- und Kreisverbände sollten schnellstmöglich mit diesem Plakat beliefert werden.

Begründung:

Angesichts von ca. 7 Mio. Menschen, die gezwungen sind, von erheblich zu niedrigen und armutsfördernden Hartz IV-Leistungen zu leben, sollte es zur Pflicht einer sozialistischen Partei unabdingbar gehören, ihrer bisher zentralen Forderung "Hartz IV muss weg!" durch ein zentrales Wahlplakat auch den gebührenden Ausdruck zu verleihen. Die Partei läuft andererseits Gefahr, dass immer mehr Menschen, die zur "Armutbevölkerung" zählen, sich von ihr verabschieden bzw. überhaupt nicht mehr wählen gehen oder der AfD in die Arme laufen.

Jürgen Aust